

Christlich-Soziale Union in Bayern



CSU-Fraktion im Fürther Rathaus · Kurgartenstraße 37 · 90762 Fürth

Kurgartenstraße 37
90762 Fürth
Telefon (09 11) 74 07 23-0
Telefax (09 11) 74 07 23-8
e-mail csu@fuerth.de

Bankverbindung:
HypoVereinsbank Fürth
Kto.-Nr. 472 76 06 · BLZ 762 200 73

Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung

Stadt Fürth

per Fax 974-1005

OBERBÜRGERMEISTER					
1 & Dez. 2019					
D/PM	D/W	BMPA	GST	RpA	Infra
Ref. I	Ref. II	Ref. III	Ref. IV	Ref. V	Ref. VI
zur Kts.			z.w.V.		
m.d.B. um Stellungnahme					
bitte Antwort zur Unterschrift vorlegen					

Fürth, den 17. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der CSU-Stadtratsfraktion stellen wir folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderungssatzung zur geltenden Stellplatz-Satzung auszuarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, durch welche die Schaffung zusätzlichen Wohnraums in der Innenstadt, z.B. durch den Ausbau von Dachgeschossen oder Teilung von großen Wohnungen von der Verpflichtung zum Nachweis entsprechender Stellplätze befreit wird.

Begründung:

Innerhalb der Stadt Fürth herrscht ein Mangel an kleineren und/oder bezahlbaren Wohnungen. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit und den Erhalt der Natur ist anzustreben, dass der Flächenverbrauch durch Besiedlung möglichst geringgehalten wird. Eine Möglichkeit hierzu ist die Nutzung von bereits bestehenden Gebäuden durch Ausbau von beispielsweise Dachgeschossen oder die Teilung von größeren und großen Wohneinheiten, um hierdurch kleinere Wohneinheiten zu schaffen.

Nach der geltenden Rechtslage in der Stadt Fürth bedeutet dies, dass die Bauherren für jede neu geschaffene Wohneinheit einen Stellplatz nachweisen müssen. Ist ihnen dies nicht möglich, was gerade im Bereich der Innenstadt zutrifft, kann ihnen auf Antrag die Ablösung dieser Stellplatzverpflichtung gegen Zahlung eines festgelegten Betrages gestattet werden. Dies wird in der Regel bewilligt. Allerdings steigen hierdurch die Kosten, da die gezahlte Stellplatzablöse entsprechend in die Kalkulation einfließt.



Aus Sicht der CSU ist der Schaffung von Wohnraum der Vorrang zu geben vor dem finanziellen Nutzen durch die Stellplatz-Ablöse. Dies ist ein politisches Zeichen, dass seitens der Stadt dieses Problem ernsthaft angegangen wird und nicht lediglich Kosmetik betrieben wird, wie beispielsweise durch eine Zweckentfremdungssatzung.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Helm
Fraktionsvorsitzender

-gez-

Dr. Michael Au
Stadtrat